

Jahresbericht des Hofes zum Haushaltsjahr 2019 – Glossar

Begriff	Erläuterung
Abrechnung	Zahlung des fälligen Restbetrags an einen Mitgliedstaat oder Wiedereinziehung von Mitteln bei diesem Mitgliedstaat, um ein EU-Programm abzuschließen.
Abrufsatz für die MwSt.-Eigenmittel	Auf die MwSt.-Bemessungsgrundlage der einzelnen Mitgliedstaaten angewandter Prozentsatz zur Berechnung der MwSt.-Eigenmittel.
Abschluss	Abrechnung eines EU-Programms oder Fonds durch Zahlung des fälligen Restbetrags an einen Mitgliedstaat oder ein anderes begünstigtes Land oder Wiedereinziehung von Mitteln bei diesen.
Agrarumwelt- und Klimaverpflichtung	Über die üblichen Umweltauflagen hinausgehende Bewirtschaftungsmethode, die Landwirte aus einer Reihe von fakultativen Methoden auswählen können und dadurch Anspruch auf Zahlungen aus dem EU-Haushalt erlangen.
Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO)	EU-Verordnung, die bestimmte Arten staatlicher Beihilfen gestattet, ohne dass die Kommission in Kenntnis gesetzt werden muss.
Anweisungsbefugter	Bediensteter, dem es obliegt, die Einnahmen und Ausgaben eines Organs oder einer Einrichtung der EU auszuführen.
ARACHNE-Datenbank	Von der Kommission entwickeltes Data-Mining-Tool zur Unterstützung der Verwaltungsbehörden bei der Verwaltung und beim Management der ESI-Fonds.
Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen (SWD)	Nicht bindendes Kommissionsdokument, das innerhalb oder außerhalb der Kommission als Diskussionsgrundlage dient.

Aufhebung einer Mittelbindung	Annullierung einer nicht in Anspruch genommenen Mittelbindung (oder eines Teils derselben) durch die Kommission.
Auftrag zur Erlangung von Prüfungssicherheit	Auftrag an einen Prüfer zur Erteilung eines Prüfungsurteils auf der Grundlage ausreichender Prüfungsnachweise in Form von Finanzdaten oder sonstigen erlangten oder berechneten Daten. So stützt der Hof beispielsweise sein Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der EU-Ausgaben auf die Ergebnisse seiner Prüfung einer Stichprobe von Vorgängen.
Ausnahmenverzeichnis	Dokument, in dem Abweichungen von etablierten Kontrollen und Verfahren sowie deren Gründe und Auswirkungen erfasst sind.
Auswahl einer repräsentativen statistischen Stichprobe (Stichprobenverfahren)	Anwendung statistischer Techniken, um eine Stichprobe zu ziehen, die die Merkmale der Grundgesamtheit, aus der sie stammt, in sich vereint.
Auswirkungen	Langfristige sozioökonomische, ökologische oder finanzielle Folgen eines abgeschlossenen Projekts oder Programms.
Auszahlungsquote	Anteil der Gesamtmittel, die aus einem Finanzinstrument an die Endbegünstigten ausgezahlt wurden.
Basisprämienregelung	EU-Agrarregelung, in deren Rahmen Landwirte auf der Grundlage beihilfefähiger Flächen Zahlungen erhalten.
Begünstigter (auch: Empfänger)	Natürliche oder juristische Person, die eine Finanzhilfe oder ein Darlehen aus dem EU-Haushalt erhält.
Beitragsvereinbarung	Vereinbarung zwischen der Kommission und einer Organisation, die Maßnahmen im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung durchführt und nachgewiesen hat, in der Lage zu sein, bei der Mittelverwaltung dieselben Maßstäbe anzulegen wie die Kommission.

Beschäftigungsinitiative für junge Menschen (YEI)	Programm zur Unterstützung junger Menschen, die weder einen Arbeitsplatz haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren, in Regionen mit einer Jugendarbeitslosigkeit von über 25 %.
Bescheinigende Stelle	Im Bereich der Agrarausgaben eine von einem Mitgliedstaat benannte öffentliche oder private Einrichtung, die die Zuverlässigkeit der jährlichen Rechnungslegung einer zugelassenen Zahlstelle sowie die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge bescheinigt.
Bescheinigungsbehörde	Von einem Mitgliedstaat benannte Stelle, die die Genauigkeit der Ausgabenerklärungen und Zahlungsanträge sowie deren Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften bescheinigt.
BNE-Aufstellung	Liste der für die Berechnung des BNE verwendeten Verfahren, Daten und sonstigen Elemente.
BNE-Vorbehalt	Vorbehalt bezüglich der von einem Mitgliedstaat durchgeführten Berechnung seiner BNE-Eigenmittel.
Bruttonationaleinkommen (BNE)	Standardmaßstab für den Wohlstand eines Landes, basierend auf den im Inland und Ausland erwirtschafteten Einkommen.
Budgethilfe	Transfer von EU-Hilfe direkt an die Staatskasse eines Partnerlandes, sofern spezifische Bedingungen erfüllt sind.
Compliance-Prüfung	Prüfung zur Bestätigung, dass eine Tätigkeit den geltenden Vorschriften und Verordnungen sowie den Bestimmungen etwaiger Verträge oder Vereinbarungen entspricht.
Cross-Compliance	Mechanismus, nach dem die Zahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe davon abhängig gemacht werden, dass die Landwirte Anforderungen in den Bereichen Umweltschutz, Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Bodenbewirtschaftung einhalten.

Dauergrünland	Landwirtschaftliche Flächen, auf denen mehr als fünf aufeinanderfolgende Jahre lang Gras oder andere Grünfütterpflanzen angebaut werden.
De-minimis-Beihilfe	Staatliche Beihilfe, deren Betrag unterhalb der Schwelle liegt, ab der eine Genehmigung der Kommission erforderlich ist.
Dezentrale Agentur	Für unbegrenzte Zeit als Kompetenzzentrum errichtete unabhängige Einrichtung der EU, die Aufgaben ausführt, die zur Entwicklung und Umsetzung einer Politik der EU beitragen.
Direktbeihilfe/Direktzahlung	Agrarbeihilfezahlung wie beispielsweise eine flächenbezogene Beihilfe, die direkt an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe geleistet wird.
Direkte Mittelverwaltung	Verwaltung eines Fonds oder Programms der EU durch die Kommission allein im Gegensatz zur geteilten oder indirekten Mittelverwaltung.
Dotierungsquote	Prozentsatz einer zulässigen finanziellen Verbindlichkeit, der sich in einer Dotierung niederschlagen muss.
EIB-Mandat für die Darlehensstätigkeit in Drittländern	Der EIB von der EU erteiltes Mandat, sich an Finanzierungsoperationen in Partnerländern zu beteiligen, wobei eine Garantie aus dem EU-Haushalt besteht.
Eigenkapitalbeteiligung (auch: Beteiligungsinvestition)	Investition in ein Unternehmen im Gegenzug für eine Eigentumsbeteiligung und einen Gewinnanteil.
Eigenmittel	Zur Finanzierung des EU-Haushalts dienende Mittel, die sich größtenteils aus Beiträgen der Mitgliedstaaten zusammensetzen.
Eigenmittel auf der Grundlage der Mehrwertsteuer/MwSt.-Eigenmittel	Eigenmittel der EU, die aus einem festgelegten Anteil (Abrufsatz) der von den einzelnen Mitgliedstaaten erhobenen MwSt. bestehen.

Einschränkung des Prüfungsumfangs	In einem Prüfungsbericht Angabe von Bereichen, in denen der Prüfer nicht in der Lage war, zu einer Schlussfolgerung zu gelangen, und die daher aus dem Prüfungsurteil ausgeklammert sind.
Einziehungsanordnung	Dokument, mit dem die Zahlung eines geschuldeten Betrags angeordnet wird.
Endempfänger/Empfänger (auch: Endbegünstigter)	Natürliche oder juristische Person, die eine Finanzhilfe oder ein Darlehen aus dem EU-Haushalt erhält oder letztlich von einer mit EU-Mitteln finanzierten Maßnahme profitiert.
Entkoppelte [Einkommens]Stützung	EU-Zahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe, die nicht an die Erzeugung eines bestimmten Produkts geknüpft sind.
Entlastung	Jährlicher Beschluss des Europäischen Parlaments, mit dem es der Kommission seine abschließende Zustimmung zur Ausführung des EU-Haushaltsplans erteilt.
Entwurf eines Berichtigungshaushaltsplans	Vorschlag der Kommission zur Änderung des EU-Haushalts im Laufe des Haushaltsvollzugs.
Ergebnis	Unmittelbarer mit Abschluss eines Projekts oder Programms eintretender Effekt, wie verbesserte Beschäftigungsfähigkeit von Kursteilnehmern oder verbesserte Zugänglichkeit nach Bau einer neuen Straße.
Ergebnisindikator	Messgröße, die anzeigt, wie die unmittelbaren Auswirkungen von geförderten Vorhaben auf die Zielgruppe zu bewerten sind.
Ermessensauswahl (Stichprobenverfahren)	Im Gegensatz zum statistischen Stichprobenverfahren ein Verfahren, bei dem der Prüfer anhand vorher festgelegter Prüfungskriterien bei der Auswahl von Elementen aus einer Grundgesamtheit zu Prüfungszwecken nach Ermessen vorgeht.

Erstattungsfähige MwSt.	Die MwSt., die ein Steuerpflichtiger von der an die Steuerbehörden abzuführenden MwSt. abziehen kann, da er diesen Betrag bereits für Waren und Dienstleistungen, die von ihm selbst erworben wurden, entrichtet hat.
EU-13	Die 13 Mitgliedstaaten, die der Europäischen Union seit 2004 beigetreten sind (Bulgarien, Tschechien, Estland, Kroatien, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Rumänien, Slowenien und Slowakei).
Europäische Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds)	Die fünf wichtigsten EU-Fonds, die zusammen der Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung in der gesamten EU dienen: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Europäischer Sozialfonds, Kohäsionsfonds, Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und Europäischer Meeres- und Fischereifonds.
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)	EU-Fonds, der der Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der EU dient, indem Investitionen zur Verringerung der Ungleichgewichte zwischen den Regionen finanziert werden.
Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSI)	Von der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Kommission als Teil der Investitionsoffensive für Europa ins Leben gerufener Mechanismus zur Förderung von Investitionen, mit dem bei Projekten von strategischer Bedeutung für die EU private Mittel eingeworben werden sollen.
Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)	EU-Fonds zur Finanzierung von Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und von Maßnahmen zur Regulierung oder Stützung der Agrarmärkte.

Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP)	EU-Fonds zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei ihren Maßnahmen zur Bereitstellung von Nahrungsmitteln und sonstiger materieller Hilfe für die Ärmsten der Gesellschaft.
Europäischer Investitionsfonds (EIF)	Spezialisierte Anbieter von Risikofinanzierung für kleine und mittlere Unternehmen in ganz Europa. Teil der EIB-Gruppe.
Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)	EU-Fonds zur Finanzierung der finanziellen Beteiligung der EU an Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums.
Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF)	EU-Fonds, der Fischer beim Übergang zu einer nachhaltigen Fischerei und Küstengemeinden bei der Diversifizierung ihrer Wirtschaft unterstützt.
Europäischer Sozialfonds (ESF)	EU-Fonds zur Schaffung von Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten und zur Verbesserung der Situation armutsgefährdeter Menschen.
EU-Treuhandfonds (EUTF)	Von der EU verwalteter Fonds, der Mittel aus verschiedenen Quellen bündelt, um die internationale Reaktion auf einen Notfall oder eine andauernde Krise – in der Regel in Entwicklungsländern – zu finanzieren.
Eventualverbindlichkeit	Potenzielle Zahlungsverpflichtung, die je nach Ergebnis eines künftigen Ereignisses entstehen kann.
Exekutivagentur	Von der Kommission für einen begrenzten Zeitraum geschaffene und verwaltete Einrichtung, die beauftragt ist, für Rechnung und unter Aufsicht der Kommission bestimmte Aufgaben im Zusammenhang mit Programmen oder Projekten der EU wahrzunehmen.
Ex-post-Bewertung	Unabhängige Beurteilung der Wirksamkeit, Effizienz, Kohärenz, Relevanz und des EU-Mehrwerts eines abgeschlossenen Projekts oder Programms.

Faktoreinkommen in der Landwirtschaft (auch: landwirtschaftliches Faktoreinkommen)	Einkommen aus der Landwirtschaft, das in seine Bestandteile (Einkommen aus Boden, Arbeit oder Kapital) aufgliedert ist.
Fazilität "Connecting Europe" (CEF)	Instrument, mit dem finanzielle Unterstützung für die Schaffung einer nachhaltigen und vernetzten Infrastruktur in den Sektoren Energie, Verkehr und Informations- und Kommunikationstechnologie bereitgestellt wird.
Fehler	Ergebnis einer falschen Berechnung oder Unregelmäßigkeit, die sich aus einem Verstoß gegen die rechtlichen und vertraglichen Anforderungen ergibt.
Finanzhilfe	Nicht rückzahlbare Zahlung, die ein Begünstigter aus dem EU-Haushalt erhält, um ein förderfähiges Projekt oder Programm durchzuführen.
Finanzinstrument/Finanzierungsinstrument	Finanzielle Unterstützung aus dem EU-Haushalt in Form von Beteiligungsinvestitionen und beteiligungsähnlichen Investitionen, Darlehen, Bürgschaften oder anderen Risikoteilungsinstrumenten.
Finanzkorrektur	Maßnahme zum Schutz des Haushalts vor vorschriftswidrigen oder betrügerischen Ausgaben durch Herausnahme oder Wiedereinziehung von Mitteln als Ausgleich für fehlerhafte Zahlungen, die für von der EU geförderte Projekte oder Programme geleistet wurden.
Finanzmittler (auch: Finanzintermediär)	Stelle, die als Bindeglied zwischen dem Fondsmanager eines Finanzinstruments und den Endbegünstigten fungiert.
Folgenabschätzung	Analyse der voraussichtlichen (ex ante) oder tatsächlichen (ex post) Auswirkungen einer politischen Initiative oder einer anderen Vorgehensweise.

Gekoppelte Stützung	EU-Zahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe, die für die Erzeugung eines bestimmten Produkts geleistet werden.
Gemeinsame Agrarpolitik	Einheitliche Agrarpolitik der EU, in deren Rahmen Beihilfen gewährt und eine Reihe anderer Maßnahmen durchgeführt werden, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten, den Landwirten in der EU einen angemessenen Lebensstandard zu sichern, die Entwicklung des ländlichen Raums zu fördern und die Umwelt zu schützen.
Gemeinsame Fischereipolitik	EU-Rahmen für die Verwaltung der Fischbestände und der Fischerei mit dem Ziel, die Nachhaltigkeit von Fischbeständen und ein stabiles Einkommen für die vom Fischfang lebende Bevölkerung sicherzustellen.
Gemeinsamer Rahmen für das Risikomanagement (CRMF)	Rahmen für Zollkontrollen durch die Mitgliedstaaten, der auf dem Austausch von risikobezogenen Informationen und Analysen zwischen den Zollverwaltungen beruht.
Gemeinsamer Überwachungs- und Bewertungsrahmen (CMEF)	Vorschriften und Verfahren zur Bewertung der Leistung der Gemeinsamen Agrarpolitik.
Gemeinsames Unternehmen	EU-Einrichtung, die zusammen mit einem Partner gegründet wurde, um ein Projekt oder eine Tätigkeit im Forschungs- und Technologiebereich durchzuführen.
Geografischer Beihilfeantrag (auch: Geodaten-basierter Antrag)	Online-Tool für die Einreichung flächenbezogener Anträge auf Agrarbeihilfen.
Geschätzte Fehlerquote	Statistische Schätzung des Fehleranteils in einer Grundgesamtheit auf der Grundlage der Prüfung einer repräsentativen Stichprobe von Vorgängen.

Geteilte Mittelverwaltung	Methode zur Ausführung des Haushaltsplans der EU, bei der die Kommission – im Gegensatz zur direkten Mittelverwaltung – dem Mitgliedstaat Haushaltsvollzugsaufgaben überträgt, wobei sie selbst weiterhin die oberste Verantwortung trägt.
Gewährpaket	Satz von Dokumenten, den jeder Mitgliedstaat der Kommission jährlich zu den ESI-Fonds vorlegt. Er umfasst die Jahresrechnung, eine Zusammenfassung, einen Kontrollbericht, eine Verwaltungserklärung und einen Bestätigungsvermerk.
Gini-Koeffizient	Maß zur Darstellung von Ungleichverteilungen in einer statistischen Grundgesamtheit, beispielsweise dafür, wie stark die Vermögens- oder Einkommensverteilung innerhalb eines Landes von einer vollkommen gleichmäßigen Verteilung abweicht.
Großprojekt	Von der EU finanziertes Projekt, dessen gesamte förderfähige Kosten in einem Bereich wie Verkehr, Umwelt oder Energie über 50 Millionen Euro liegen.
Haushaltsbehörde	Begriff, der das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union bei Ausübung ihrer Entscheidungsbefugnisse in Bezug auf EU-Haushaltsfragen bezeichnet.
Haushaltsgarantie	Verpflichtung, Verluste der EIB aus dem EU-Haushalt auszugleichen, falls ein Begünstigter seine im Zusammenhang mit dem EFSI eingegangenen Pflichten nicht erfüllt, indem er beispielsweise ein Darlehen nicht zurückzahlt.
Haushaltsordnung	Vorschriften zur Regelung der Aufstellung und Ausführung des EU-Haushalts und der damit verbundenen Verfahren wie interne Kontrolle, Berichterstattung, Prüfung und Entlastung.
Horizont 2020	Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation für den Zeitraum 2014-2020.

Indirekte Kosten	Ausgaben wie Gemeinkosten oder sonstige Verwaltungskosten, die ein Begünstigter im Zusammenhang mit einem EU-Projekt oder einer EU-Maßnahme tätigt.
Indirekte Mittelverwaltung	Methode zur Ausführung des EU-Haushaltsplans, bei der die Kommission anderen Einrichtungen (wie Drittstaaten und internationalen Organisationen) Haushaltsvollzugsaufgaben überträgt.
Input	Zur Implementierung eines Programms oder eines Projekts benötigte finanzielle, personelle, materielle, verwaltungstechnische oder regulatorische Mittel.
Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS)	Von den Mitgliedstaaten verwendeter EU-Mechanismus zur Verwaltung und Kontrolle der im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik an Landwirte geleisteten Zahlungen.
International Standards on Auditing (ISA)	Von der International Federation of Accountants herausgegebene Grundsätze zur Abschlussprüfung.
Interventionslogik	Zusammenhänge zwischen den Zielen eines Vorschlags, den geplanten Inputs und Maßnahmen und den erwarteten Ergebnissen und Auswirkungen.
Jährlicher Kontrollbericht	Von einer Prüfbehörde eines Mitgliedstaats erstelltes Dokument, das der Kommission als Teil des jährlichen Gewährpakets dieses Landes vorgelegt wird.
Jährlicher Tätigkeitsbericht (JTB)	Von jeder Generaldirektion der Kommission, jedem EU-Organ und jeder Einrichtung der Union erstellter Bericht, der Aufschluss gibt über die gemessen an den Zielen erreichten Ergebnisse sowie über den Einsatz der finanziellen und personellen Ressourcen.
Jährlichkeit	Haushaltsgrundsatz, nach dem die in den Haushaltsplan eingesetzten Einnahmen und Ausgaben für ein bestimmtes Haushaltsjahr bewilligt werden.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)	Größenbestimmung von Unternehmen und anderen Einrichtungen auf der Grundlage der Anzahl der beschäftigten Mitarbeiter und bestimmter finanzieller Kriterien. Kleine Unternehmen beschäftigen weniger als 50 Personen und haben einen Umsatz oder eine Bilanzsumme von höchstens 10 Millionen Euro. Mittlere Unternehmen beschäftigen weniger als 250 Personen und haben einen Umsatz von bis zu 50 Millionen Euro oder eine Bilanzsumme von bis zu 43 Millionen Euro.
KMU-Initiative	Gemeinsames Finanzinstrument der Kommission und des Europäischen Investitionsfonds (EIF), das kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu Finanzierungen erleichtern soll.
Kohäsionsfonds (KF)	EU-Fonds, der auf die Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Unterschiede in der EU ausgerichtet ist, indem Investitionen in Mitgliedstaaten finanziert werden, deren Bruttonationaleinkommen pro Kopf weniger als 90 % des EU-Durchschnitts beträgt.
Kohäsionsland	EU-Mitgliedstaat, der für eine Förderung aus dem Kohäsionsfonds in Betracht kommt.
Konfidenzintervall	Statistisches Maß für die Präzision der Ergebnisse eines Stichprobenverfahrens, das bei der Schätzung einer Fehlerquote verwendet wird.
Konformitätsabschluss	Prozess, bei dem die Kommission überprüft, ob ein Mitgliedstaat die ihm zur Verfügung stehenden Mittel aus den Agrarfonds korrekt verwendet und seine Verwaltungs- und Kontrollsysteme wirksam eingesetzt hat.
Konsolidierte Jahresrechnung	Zusammenführung der Jahresrechnungen sämtlicher Organe, Agenturen und Einrichtungen in einem einzigen Dokument.

Kontradiktorisches Verfahren	Verfahren, in dem Prüfungsfeststellungen der geprüften Stelle vorgelegt werden, um ihr innerhalb einer bestimmten Frist eine Erörterung und Stellungnahme zu ermöglichen.
Konvergenz	Prozess, mit dem Mitgliedstaaten, die den Euro einführen wollen, auf die Erfüllung spezifischer wirtschaftlicher und rechtlicher Kriterien hinarbeiten.
Koordinierungsausschuss für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds	Ausschuss der Kommission mit dem Auftrag, die Umsetzung der Verordnungen über die Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) zu erörtern.
Korrekturkapazität	Von der Kommission verwendetes Maß zur Schätzung der Höhe künftiger Berichtigungen.
Kumulatives Restrisiko	Nach Vornahme sämtlicher Korrekturmaßnahmen am Ende eines Programmplanungszeitraums verbleibende vorschriftswidrige Ausgaben.
Leistungsgebundene Reserve	Im Haushaltsplan vorgesehener für Ausgaben aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds zugewiesener Betrag, der so lange zurückbehalten wird, bis bestimmte Vorgaben erfüllt sind.
Leistungsprogramm	Von einem Partnerland erstelltes und von der Europäischen Kommission genehmigtes Dokument, in dem die durchzuführenden Maßnahmen der Zusammenarbeit oder Entwicklung sowie die erforderlichen finanziellen, personellen und materiellen Ressourcen dargelegt sind.
Mainstreaming (auch: durchgängige Berücksichtigung)	Systematische Berücksichtigung bestimmter Prioritäten (z. B. Gleichstellung der Geschlechter, Klimawandel) bei der Gestaltung und Umsetzung sämtlicher EU-Politiken.

Management- und Leistungsbilanz	Jährlich von der Kommission erstellter Bericht über ihre Verwaltung des EU-Haushalts und die erreichten Ergebnisse, der die in den Jährlichen Tätigkeitsberichten ihrer Generaldirektionen und Exekutivagenturen enthaltenen Informationen zusammenfasst.
Marktmaßnahme	Öffentliche Intervention auf den Agrarmärkten zur Abmilderung der Auswirkungen von Preisrückgängen und strukturellen Marktproblemen durch Bereitstellung sektorspezifischer Unterstützung (z. B. für Obst und Gemüse, Wein und Schulmilch).
Maximal zulässige Beihilfeintensität	Gesamtbeihilfebeträg, der in einem Förderbereich ausgezahlt werden kann, ausgedrückt als Prozentsatz der förderfähigen Kosten. Die maximal zulässige Beihilfeintensität unterscheidet sich je nach Programm und hängt von Faktoren wie dem geografischen Standort ab.
Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR)	Ausgabenplan der EU, durch den in der Regel für sieben Jahre (auf der Grundlage der politischen Ziele) Prioritäten und Obergrenzen unter sechs Haupttrubriken festgelegt werden. Er bildet die Struktur für die Festsetzung der jährlichen Haushaltspläne der EU, indem er Obergrenzen für jede Ausgabenkategorie vorgibt. Der derzeitige MFR deckt den Zeitraum 2014-2020 ab.
Mehrwertsteuer (MwSt.)	Indirekte Verbrauchssteuer auf die Produktion und Verteilung von Waren und die Erbringung von Dienstleistungen, die letztendlich vom Endverbraucher getragen wird.
Mittel	In einem Haushalt für einen bestimmten Zweck vorgesehener Betrag. Der EU-Haushalt umfasst Mittel für Verpflichtungen und Mittel für Zahlungen.

Mittel für Verpflichtungen	Jährliche Obergrenze der im EU-Haushalt verfügbaren Mittel für bestimmte Ausgabenposten.
Mittel für Zahlungen	Grundlage für die Leistung von Zahlungen, sobald die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind.
Mittelausschöpfung	Ausmaß, in dem den Mitgliedstaaten zugewiesene EU-Mittel für förderfähige Projekte verwendet wurden – oft als Prozentsatz ausgedrückt.
Mittelbindung	Vormerkung von Haushaltsmitteln zur Deckung eines bestimmten Ausgabenpostens, wie einen Vertrag oder eine Finanzhilfevereinbarung. Eine Mittelbindung erfordert zugrunde liegende Mittel für Verpflichtungen.
Mittelübertragung auf das folgende Haushaltsjahr	Übertragung nicht verwendeter Haushaltsmittel von einem Haushaltsjahr auf das folgende unter bestimmten Voraussetzungen.
Monetary-Unit-Sampling (MUS)	Statistische Stichprobenmethode, bei der sich die Wahrscheinlichkeit der Auswahl eines bestimmten Vorgangs proportional zu seiner Größe verhält.
Multiplikatoreffekt	Phänomen, dass eine bestimmte Veränderung bei einem bestimmten Input, z. B. den Investitionen oder Garantien der EU, zu einer größeren Veränderung bei einem Output, z. B. den Gesamtinvestitionen, führt.
MwSt.-Bemessungsgrundlage	Gesamtwert der Waren und Dienstleistungen, auf die Mehrwertsteuer erhoben wird.
MwSt.-Vorbehalt	Vorbehalt bezüglich der von einem Mitgliedstaat durchgeführten Berechnung seiner MwSt.-Eigenmittel.

Nachhaltige Entwicklung	Entwicklungskonzept, bei dem langfristige Erfordernisse wie die Dauerhaftigkeit der Ergebnisse, die Erhaltung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen sowie soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit berücksichtigt werden.
Nachträgliche Zollkontrollen	Nach der Überlassung von Waren durch die Zollbehörden durchgeführte Zollkontrollen.
Nationale Förderbanken oder -institute	Von Regierungen zur Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung eingerichtete Finanzinstitute.
Neuansiedlung	Überstellung von Flüchtlingen aus einem Land, in dem sie Asyl beantragt haben, in ein anderes Land, das sich bereit erklärt hat, sie aufzunehmen und ihnen schließlich eine dauerhafte Niederlassung zu gewähren.
Noch abzuwickelnde Mittelbindungen	Summe der getätigten Mittelbindungen, die noch nicht zu Zahlungen geführt haben.
Nothilfe-Treuhandfonds der EU für Afrika	EU-Treuhandfonds, der die Stabilität in der Sahelzone (einschließlich des Tschadseebeckens), am Horn von Afrika und in Nordafrika unterstützen und zu einer besseren Steuerung der Migrationsbewegungen beitragen soll, indem ihre Ursachen angegangen werden.
Offener TEM-Punkt	Von der Kommission geltend gemachter Vorbehalt zu den TEM-Daten in der Einnahmenrechnung eines Mitgliedstaats.
Ökologisierung	Anwendung von dem Klima- und Umweltschutz förderlichen Landwirtschaftsmethoden. Bezieht sich häufig auch auf die diesbezügliche EU-Beihilferegelung.
Omnibus-Verordnung	Überarbeitete Fassung der Haushaltsordnung von 2018, durch die die Finanzvorschriften und die Haushaltsführung der EU geändert und vereinfacht wurden.

Operationelles Programm (OP)	Grundlegender Rahmen für die Durchführung EU-finanzierter Kohäsionsprojekte in einem bestimmten Zeitraum, der die Prioritäten und Ziele widerspiegelt, welche in Partnerschaftsvereinbarungen zwischen der Kommission und einzelnen Mitgliedstaaten festgelegt wurden.
Ordnungsmäßigkeit/Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit	Grad der Übereinstimmung eines Vorgangs oder einer Tätigkeit mit den maßgebenden Rechtsvorschriften und Verordnungen sowie ggf. geltenden vertraglichen Verpflichtungen.
Orthofoto	Luftbild, bei dem Höhenunterschiede, Geländeneigung und Oberflächentopografie ausgeglichen werden, um Entfernungsmessungen zu harmonisieren.
Output	Was mithilfe eines EU-finanzierten Projekts erzeugt oder erreicht wird, wie z. B. abgehaltene Weiterbildungskurse, errichtete Kläranlagen oder gebaute Straßenkilometer.
Partnerschaftsvereinbarung/Partnerschaftsabkommen	Vereinbarung/Abkommen zwischen der Kommission und einem Mitgliedstaat oder einem Drittland/Drittländern im Rahmen eines EU-Ausgabenprogramms, in der/dem beispielsweise Strategiepläne, Investitionsprioritäten oder die Bedingungen für den Handel oder die Bereitstellung von Entwicklungshilfe festgelegt werden.
Pauschalbetrag	Zahlung, die in voller Höhe und nicht in Raten erfolgt.
Periodenrechnung	Rechnungsführungsansatz, bei dem Einnahmen und Ausgaben zu dem Zeitpunkt verbucht werden, zu dem sie anfallen, und nicht zum tatsächlichen Zeitpunkt der entsprechenden Einzahlungen bzw. Auszahlungen.
Prioritätsachse	Schlüsselziel eines operationellen Programms, das in eine oder mehrere Investitionsprioritäten unterteilt ist.

Programm	Instrument zur Umsetzung spezifischer politischer Ziele der EU, in der Regel durch kofinanzierte Projekte.
Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums (EPLR oder RDP)	Paket mehrjähriger nationaler oder regionaler Ziele und Maßnahmen, das von der Kommission genehmigt wird und der Umsetzung der EU-Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums dient.
Programmabriss	Begründung für die von der Kommission für jedes Ausgabenprogramm im Entwurf des jährlichen Haushaltsplans beantragten operativen Mittel auf der Grundlage der anhand von Indikatoren gemessenen Umsetzung in den Vorjahren.
Programmbehörden	Sammelbegriff für Verwaltungsbehörden, Bescheinigungsbehörden und Prüfbehörden im Kohäsionsbereich.
Programmplanungszeitraum	Für die Planung und Durchführung eines EU-Ausgabenprogramms maßgeblicher Zeitraum.
Prüfbehörde	Unabhängige nationale Stelle, die für die Prüfung der Systeme und Vorhaben eines EU-Ausgabenprogramms zuständig ist.
Quantifizierbarer Fehler	Vom Hof bei der Berichterstattung über die Ergebnisse der Vorgangsprüfung verwendete Einstufung, wenn der fehlerbehaftete Betrag eines Vorgangs beziffert werden kann.
Rahmenprogramm	Programm des Europäischen Nachbarschaftsinstruments, aus dem mehreren Ländern, die bestimmte Bedingungen erfüllen, über ihre grundlegenden Mittelzuweisungen hinaus zusätzliche Mittel zugewiesen werden.
Rechnungsabschluss	Jährliches Verfahren, bei dem die Kommission die von Durchführungsstellen und Partnern für Zahlungen beantragten Beträge nach Kontrollen annimmt.

Regelung für die einheitliche Flächenzahlung	In 10 Mitgliedstaaten übergangsweise angewendete flächenbezogene Agrarbeihilferegulung, bei der Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe pro Hektar einen Standardbeihilfebetrag erhalten. In allen anderen Mitgliedstaaten wird die Basisprämienregelung angewendet.
Repräsentative Fehlerquote	Statistische Schätzung des Fehleranteils in einer Grundgesamtheit auf der Grundlage der Prüfung einer repräsentativen Stichprobe von Vorgängen aus dieser Grundgesamtheit.
Restfehlerquote/Restrisikoquote/verbleibende Gesamtfehlerquote	Der Anteil einer Grundgesamtheit, der nach Berücksichtigung der Auswirkungen sämtlicher Kontrollverfahren, Einziehungen und Korrekturen als nicht vorschriftsgemäß erachtet wird.
Rückstellung	Im Rechnungswesen Begriff für die beste Schätzung einer in der Bilanz erfassten zukünftigen Verbindlichkeit, deren Fälligkeit oder Höhe ungewiss ist.
Schwerpunktbereich	Zweite Prioritätsstufe für die Entwicklung des ländlichen Raums in der EU.
Sensible Position	Stelle oder Dienstposten mit erheblicher Autonomie oder erheblichen Durchführungsbefugnissen, die zum Zwecke der persönlichen Bereicherung oder zu sonstigen persönlichen Zwecken missbraucht werden könnten.
Sparsamkeit	Bereitstellung der Ressourcen zum richtigen Zeitpunkt, in ausreichender Menge und angemessener Qualität sowie mit dem geringstmöglichen Kostenaufwand.
Staatliche Beihilfen	Direkte oder indirekte staatliche Unterstützung eines Unternehmens oder einer Organisation, durch die diesen gegenüber anderen im selben Bereich tätigen Akteuren ein Wettbewerbsvorteil entsteht.

Statistisches Stichprobenverfahren	Auf Statistiken beruhende Stichprobenmethode, die bei der Prüfung zur Anwendung kommt, um repräsentative Ergebnisse zu erzielen.
Stellenplan	Höchstzahl an Stellen, die einem Organ oder einer Einrichtung der EU zur Verfügung stehen, nach Laufbahn- und Besoldungsgruppe.
Strategie Europa 2020	Im Jahr 2010 aufgelegte zehnjährige Strategie der Europäischen Union zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung.
System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen (LPIS)	Datenbank für landwirtschaftliche Flächen in den Mitgliedstaaten, die bei der Zahlung von Direktbeihilfen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und bei den Förderfähigkeitskontrollen der von den Betriebsinhabern gestellten Anträge verwendet wird.
Testatsorientierte Prüfung	Ansatz, wonach der Prüfer auf der Grundlage der im Zuge der Prüfung erlangten ausreichenden Prüfungsnachweise eine Würdigung der von der geprüften Stelle aufbereiteten Finanzdaten, sonstigen Daten oder konkreten Aussagen vornimmt.
Traditionelle Eigenmittel (TEM)	Aufgrund von Zöllen und Zuckerabgaben erhobene EU-Einnahmen.
Transeuropäisches Verkehrsnetz (TEN)	Netz grenzüberschreitender Verkehrs-, Energie- oder Telekommunikationsinfrastrukturen zur Unterstützung und Verbesserung des Funktionierens des EU-Binnenmarkts durch Erleichterung des freien Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehrs.
Treuhandfonds Bêkou	EU-Treuhandfonds zur Unterstützung der Stabilisierung und des Wiederaufbaus der Zentralafrikanischen Republik.

Twinning	Mechanismus zum Kapazitätsaufbau in bestimmten Fachbereichen, wodurch eine öffentliche Stelle in einem Partnerland Unterstützung von einer entsprechenden Stelle in einem EU-Mitgliedstaat erhält.
Überbrückungsfazilität	Instrument zur Sicherstellung der Kontinuität der Finanzierung von einer EU-Förderregelung zur nächsten.
Übergreifender spezifischer Vorbehalt	Horizontaler spezifischer BNE-Vorbehalt.
Übersicht über die Programmleistung (PPO)	Anhang zur Management- und Leistungsbilanz, in dem alle Programmabrisse zusammengefasst sind, einschließlich einer Auswahl von Programmindikatoren.
Übertragungsvereinbarung (<i>überholt</i>)	Mit Einzelpersonen oder Einrichtungen geschlossene Vereinbarung zur Ausführung von EU-Mitteln in indirekter Mittelverwaltung.
Unregelmäßigkeit	Verstoß gegen EU- (oder einschlägige nationale) Vorschriften oder vertragliche Verpflichtungen.
Verdrängungseffekt (auch: Crowding-out-Effekt)	Volkswirtschaftlicher Effekt, wonach steigende staatliche Ausgaben zu sinkenden privaten Investitionen führen.
Vereinfachte Kostenoption (VKO)	Ansatz zur Bestimmung der Höhe einer Finanzhilfe, bei dem nicht die dem Begünstigten tatsächlich entstandenen Kosten, sondern Methoden wie standardisierte Einheitskosten, Pauschalfinanzierungen oder Pauschalbeträge verwendet werden. Soll den Verwaltungsaufwand verringern.
Vergabe öffentlicher Aufträge (auch: öffentliche Auftragsvergabe)	Beschaffung von Bauleistungen, Lieferungen oder Dienstleistungen durch eine öffentliche Stelle oder eine andere Behörde im Wege eines offenen und wettbewerbsorientierten Verfahrens, um Qualität und das beste Preis-Leistungs-Verhältnis zu erzielen.

Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen (auch: Dachverordnung)	Verordnung mit Vorschriften, die für alle fünf Europäischen Struktur- und Investitionsfonds gelten.
Vertragsverletzungsverfahren	Verfahren zur Einleitung rechtlicher Schritte gegen einen EU-Mitgliedstaat, der seinen Pflichten gemäß EU-Recht nicht nachkommt, durch die Kommission.
Verwaltungsbehörde	Von einem Mitgliedstaat benannte nationale, regionale oder lokale (öffentliche oder private) Stelle, die ein mit EU-Mitteln finanziertes Programm verwaltet.
Vorbehalt	Von einem Generaldirektor in seiner im Jährlichen Tätigkeitsbericht abgegebenen Zuverlässigkeitserklärung signalisierter Mangel.
Vorfinanzierung	Vorschuss zur Finanzierung genau festgelegter Tätigkeiten in einem bestimmten Zeitraum.
Vorgang	In der EU-Rechnungslegung erfasster Geschäftsvorfall wie etwa eine geleistete Zahlung oder eingegangene Einnahmen.
Wesentlichkeitsschwelle	Schwelle, für die in einer Prüfungspopulation oder einem Jahresabschluss aufgedeckten Unregelmäßigkeiten, bei deren Überschreiten davon ausgegangen wird, dass die Richtigkeit und Zuverlässigkeit beeinträchtigt ist.
Wirksamkeit	Ausmaß, in dem die angestrebten Ziele durch die durchgeführten Tätigkeiten erreicht wurden.
Wirtschaftliches Ergebnis	In der konsolidierten Jahresrechnung der EU ausgewiesenes Ergebnis des Jahres, das der Differenz zwischen Einnahmen und Aufwendungen entspricht.
Wirtschaftlichkeit	Optimale Relation zwischen den eingesetzten Mitteln, den durchgeführten Tätigkeiten und der Erreichung von Zielen [Verordnung (EU) 2018/1046].

Wirtschaftlichkeit (auch: Leistung)	Ausmaß, in dem eine Maßnahme, ein Projekt oder Programm, die/das von der EU finanziert wurde, ihre/seine Ziele erreicht hat und ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis bietet.
Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung	Verwaltung der Mittel im Einklang mit den Grundsätzen der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit.
Zahlstelle	Von einem Mitgliedstaat mit der Verwaltung von EU-Agrarausgaben beauftragte Stelle.
Zahlungsanspruch	Übertragbarer Anspruch, der einem aktiven Betriebsinhaber das Recht auf EU-Unterstützung gibt, wenn er zusammen mit einer beihilfefähigen landwirtschaftlichen Fläche angemeldet wird.
Zollkodex der Union	Kernstück des EU-Zollrechts.
Zolllücke	Differenz zwischen den für die Wirtschaft insgesamt zu erwartenden Einfuhrabgaben und dem tatsächlich erhobenen Betrag.
Zuverlässigkeitserklärung	Erklärung zur Vollständigkeit und Genauigkeit der Rechnungslegung, zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge, zur Funktionsweise der internen Kontrollsysteme sowie zur Einhaltung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung, die jeder Generaldirektor der Kommission in seinem Jährlichen Tätigkeitsbericht abgibt.
Zuverlässigkeitserklärung (DAS)	Im Jahresbericht des Hofes veröffentlichte Erklärung, die sein Prüfungsurteil in Bezug auf die Zuverlässigkeit der Jahresrechnung der EU sowie die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge enthält.
Zweckgebundene Einnahmen	Dem EU-Haushalt zugeführte Mittel (z. B. Geldbußen und Korrekturen sowie Finanzbeiträge von Drittländern für Forschungsprogramme), die nur für einen genau bestimmten Zweck verwendet werden können.

Zwischengeschaltete Stelle	Organisation – etwa eine nationale öffentliche oder private Einrichtung, eine NRO oder eine dezentrale EU-Agentur –, die mit der Verwaltung von EU-Mitteln im Rahmen der indirekten oder geteilten Mittelverwaltung beauftragt wurde.
Zwischenzahlung	Für EU-Projekte oder -Programme werden oft mehrere Zahlungen geleistet: Vorschuss-, Zwischen- und Abschlusszahlungen. Begünstigte stellen Anträge auf Zwischenzahlungen, wenn ein im Vertrag oder in der Finanzhilfvereinbarung genanntes Etappenziel erreicht ist.
